



Antrag

der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Angelika Weikert SPD**

Soziale Säule der EU rechtsverbindlich machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundes- und EU-Ebene sich dafür einzusetzen, dass die vom Europäischen Rat am 17.11.2017 in Göteborg beschlossene „Europäische Säule sozialer Rechte“ als Anhang in die EU-Verträge mitaufgenommen wird, um den dort formulierten 20 sozialen Grundsätzen und Rechten – etwa zu fairer Entlohnung, Sicherheit von Arbeitnehmern, Renten und Wohnen und Gleichstellung der Geschlechter – die gleiche Verbindlichkeit zu verschaffen wie den wirtschaftlichen Grundfreiheiten.

Begründung:

Die Initiative der EU-Kommission, mit der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ ein Bekenntnis für ein soziales Europa abzugeben, ist ein guter Schritt in Richtung Stärkung der Sozialstandards von derzeit mehr als 500 Mio. EU-Bürgerinnen und Bürgern. Sie bleibt jedoch hinter dem Notwendigen zurück, solange die dort formulierten 20 Grundsätze und Rechte nur eine Bündelung bereits existierender Prinzipien – etwa in der EU-Grundrechtecharta – darstellen. Um die Lebenswirklichkeit der Menschen spürbar zu verbessern und ein faires und soziales EUropa zu schaffen, müssen sie für die EU-Mitgliedstaaten rechtsverbindlich gemacht werden. So gilt es beispielsweise für menschenwürdige Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigungsformen – mithin auch für Zeitarbeiter, Leih- und Saisonarbeiter usw. – zu sorgen, ausbeuterische Null-Stunden-Arbeitsverträge abzuschaffen oder eine europäische Kindergrundsicherung in allen Mitgliedstaaten einzuführen, damit auch Kindern aus einkommensschwachen Familien ein kostenfreier Zugang zu medizinischer Versorgung, Schulesen und Bildung gewährleistet wird.